

Berlin, Freitag,

Die Zeitung erscheint in der Woche
zweimal.

Bezugs-Preis:

vierteljährlich
für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Botenlohn,
für ganz Deutschland 8 Mk.
Oesterreich 13 Kr. 82 Hll., Rußland
4 Rub. 55 Kop., Holland 7 Fl. 50 Gld.

für Frankreich, Belgien, England,
Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-
Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen:
für England in London bei
Aug. Siegle 30 Bine Street E.C. und
Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Telegramm-Adresse:
Börsen-Zeitung.

Morgen- **Nr. 587.** Ausgabe.

den 15. Dezember 1911.

Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Zeichnungslisten der

Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungslisten

mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische

Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 50 Pf.

Reklametext 1 Mk.

Fernsprecher:

Zentrum, Nr. 243.

Im nächsten Quartal erscheint die
Berliner Börsen-Zeitung
57. Jahrgang

in gewohnter Weise, d. h. in sechs
Abend- und sechs Morgen-Nummern
wöchentlich.

Die reichhaltige Fülle des Materials,
welches unsere Zeitung den Lesern
bietet, die Verlässlichkeit ihrer politi-
schen, kommunalen, Kunst und Wissen-
schaft betreffenden Nachrichten, die große
Zahl der Original-Telegramme in der
Morgen- wie Abend-Ausgabe sind
bekannt, ebenso, neben dem täg-
lichen, acht Seiten starken Kurz-
zettel, die vielen besonderen Beilagen
zur Zeitung — Tabelle der Eisen-
bahn-Einnahmen, almonat-
licher Kuponkalender, Kurz-
zettel-Kompendium, Verlosungs-
und Restanten-Listen einschließlich
Zeichnungs-Liste der Preussischen
Klassen-Lotterie.

Die nachts telegraphisch eingehenden
Notierungen der New-Yorker und
Chicagoer Börse bringen wir
schon in der Morgennummer.

Im rechtzeitige Erneuerung des
Abonnements — damit die Zustellung
der Zeitung keine störende Unter-
brechung erleidet — ersucht

Die Expedition

der

Berliner Börsen-Zeitung.

Berlin W. S. Kronenstr. 37.

Vom Tage.

Auf die Anfrage des preussischen Gesandten beim
Papst erklärte der Kardinal-Staatssekretär, daß das
legte Motuproprio des Papstes Deutschland
nicht berührt.

Die französische Deputiertenkammer lehnte
den Antrag, die Ratifizierung des deutsch-französischen
Abkommens bis nach Abschluß der französisch-spani-
schen Verhandlungen aufzuschieben, mit 448 gegen
98 Stimmen ab.

Im englischen Unterhause hielt gestern Sir
Georg Norman eine bemerkenswerte Rede über die
deutsch-englischen Beziehungen.

Premierminister Asquith gab bekannt, daß das
englische Unterhaus am 16. Dezember verlagert
werden würde.

In der vergangenen Nacht ist das Teatro sociale
in Udine gänzlich niedergebrannt. Die Ursache
des Brandes ist unbekannt.

Die „Mittläufer“.

„Lamento der Zwiebürger“ nannte dieser Tage
ein linksliberales Blatt die von nationalliberaler
Seite ausgesprochene Beforgnis, ein Zusammengehen
der Liberalen mit den Sozialdemokraten bei den
Reichstagswahlen könnte die Schärfe des Tren-
nungsstriches zwischen diesen Richtungen
bei den liberalen Wählern beeinträchtigen. Das
Blatt knüpfte an dieses Wort dann noch
folgende Bemerkung: „Wer dieses Lamento
nicht mehr mit anzuhören Lust hat, macht kurzen
Prozess und marschiert links ab, wählt einfach sozial-
demokratisch gleich bei der Hauptwahl. Es gibt
Tausende gut Liberale, die das heutzutage
keine Ueberwindung mehr kostet.“ Stände die
Sache auf liberaler Seite wirklich so, dann würde
es um den Liberalismus nicht nur bei den bevor-
stehenden Reichstagswahlen, sondern überhaupt
schlecht bestellt sein. Ohne alle Frage baut sich jene
Behauptung aber auf einer ebenso leichtfertigen wie
gefährlichen Ueberschätzung auf.

Zutafale ist, daß die Sozialdemokratie seit langer
Zeit bei den Wahlen den Sammelpunkt für die Un-
zufriedenen aller Art bildet; es hat immer Leute ge-
geben, die, ohne wirklich sozialdemokratisch gefimmt
zu sein, sich veranlaßt fühlten, eine ihnen widerfahrene
Unbill, eine tatsächliche oder nur vermeinte,
auf irgend einem Gebiete, oder auch einen per-
sönlichen Verdruß mit den Behörden durch die
Abgabe eines „roten“ Stimmzettels zu ver-
gessen. Die Schar dieser sogenannten „Mittläufer“
der Sozialdemokratie ist gewiß nicht gering. Aber
von dieser Zutafale bis zu der Annahme, daß
„Tausende gut Liberale“ ihre politischen Grundzüge
leichtem Herzens verraten und ohne weiteres gleich
beim ersten Wahlgange in das sozialdemokratische
Lager abmarschieren würden, ist denn doch ein weiter
Schritt. Gewiß, es läßt sich nicht leugnen, daß in den
letzten Jahren auf liberaler Seite manches gesagt und
getan ist, was geeignet ist, die Anschauungen
über die Sozialdemokratie einigermaßen in Ver-
wirrung zu bringen, und es besteht ein großer
Unterschied zwischen Bennigsen und Reumann, zwischen
Engen Richter und Naumann in bezug auf die
praktische Behandlung der „Genossen“, aber die grund-
sätzliche Gegnerschaft gegenüber der revolutionären
Umformung ist sowohl bei den Nationalliberalen
wie bei den Freisinnigen unverändert geblieben. Sie
ist auch in den jetzigen Wahlkämpfen der beiden
Parteien unzweideutig zum Ausdruck gebracht worden.
Um so leichtfertiger ist es, den Schein wahrzunehmen,
als ob auf liberaler Seite „Tausende“ bereit wären,
diese grundsätzliche Gegnerschaft aus irgend einem
unbilligen Grunde aufzugeben.

Ein solches Verfahren ist vor allem bedenklich
angehts des offensichtlichen Bestrebens der Sozial-
demokratie, möglichst viele Stimmen bei den bevor-
stehenden Wahlen zu ergattern. Es gab eine Zeit,
wo die „Genossen“ selbst ihre „Mittläufer“ als ein
unermüdetes, ja gefährliches „Anhängsel“ betrach-
teten. Kein Geringerer als Bebel hat die Mittläufer
nicht nur verpöndelt, sondern auch abzusütteln ver-
sucht, weil er sie als einen unsicheren Faktor in der
sozialdemokratischen Rechnung ansah, der leicht zu
irrigen Schlüssen für die „Stimme der Entscheidung“
Anlaß gebe. Heute ist bei der Sozialdemokratie
— wenigstens nach außen hin — von solchen An-
schauungen keine Rede mehr. Im Gegenteil! Der
sozialdemokratische Wahlsauftritt ist darauf berechnet,
möglichst viele Wähler über den wahren, revolutionä-
ren Charakter der Partei zu täuschen, und die
ganze sozialdemokratische Wahlagitation ist darauf
ausgesehen, eine möglichst große Stimmenszahl bei
den bevorstehenden Wahlen zu erreichen. Wie hoch
die Erwartungen der Sozialdemokratie in dieser Be-
ziehung gespannt sind, erhellt aus Neuforderungen, nach
denen man ernstlich damit rechnet, am 12. Januar

als eine „Fünfmillionenpartei“ aufmarschieren zu
können. Von den ausschweifenden Hoffnungen auf
„hundert und mehr Mandate“ ist man allgemach zu-
rückgekommen; heute heißt es, auf die Zahl der
Mandate komme es gar nicht an, sondern auf die
Zahl der Stimmen.

Dieser Wandel in den Anschauungen der Sozial-
demokratie beruht — abgesehen von einem gewissen,
vorsichtig vorbeugenden Charakter — zweifellos auf
psychologischen Erwägungen, deren Berechtigung man
nicht ohne weiteres von der Hand weisen kann. Auch
in politischer Hinsicht gilt der alte Erfahrungssatz,
daß es „nur der erste Schritt ist, der Mühe macht“.
Man rechnet auf sozialdemokratischer Seite damit,
daß die Abgabe eines „roten“ Stimmzettels, wenn
auch nicht für alle, auch nicht für die Mehrzahl, so doch
für manche der „Mittläufer“ dieser „erste Schritt“ ins
Lager der Sozialdemokratie ist. Rosa Luxemburg hat
es erst dieser Tage in Halle offen ausgesprochen, daß
der sozialdemokratische Stimmzettel nur den Ausgangs-
punkt für die sozialdemokratische „Erziehung“ darstelle.
Weiterhin aber rechnet die Sozialdemokratie augen-
scheinlich mit der suggestiven Wirkung des Scheins
von Macht, der der Partei durch die Tatsache ver-
liehen wird, daß sie, nach der Stimmenszahl beurteilt,
als die stärkste von allen politischen Gruppen daherkommt.
Wenn man sich erinnert, wie dieser „Zahlenbänkel“
bereits nach den vorigen Wahlen sich manifestierte
und ausgenutzt wurde, so kann man es ver-
stehen, daß die Führer der Sozialdemokratie
alles daran setzen, die Stimmenszahl ihrer Partei so
hoch wie möglich zu schrauben. Je höher sie ist, desto
sicherer dürfen die Drahtzieher der Partei darauf
bauen, daß bei der urteilslosen Masse ihrer Gefolgs-
schaft der Schein ihrer Macht anerkannt wird. Dieser
Schein aber genügt schon, um eine gefährliche Wü-
dewirkung auf die Massen auszuüben durch Umfälschung
ihrer Begehrlichkeit und durch Verschärfung der An-
wünschlichkeit ihres Auftretens.

Darüber sollte man sich auch auf bürgerlich-liberaler
Seite klar sein: jede liberale Stimme, die am
12. Januar der Sozialdemokratie zugewandt wird,
erhöht direkt wie indirekt die von dieser Seite
drohende Gefahr. Trotz der eingangs zitierten Aus-
scheidung darf man die Ueberzeugung hegen, daß diese
Erkenntnis auf liberaler Seite durchaus lebendig
ist. Die Sozialdemokratie täuscht sich, wenn
sie sich der Erwartung hingibt, daß sie
außer den gewöhnlichen „Mittläufern“ auf einen
irgendwie erheblichen Stimmzuwachs aus dem
Lager des Liberalismus bei der Hauptwahl zu
rechnen hätte. Nach dem heutigen Stand der Dinge
ist an dem Ernst der liberalen Parteien, den
Trennungsstrich zwischen sich und der Sozialdemokratie
im ersten Wahlgange so scharf als möglich zu ziehen,
nicht zu zweifeln. Gerade darum aber sind Aus-
sicherungen, die die gegenteilige Meinung aufkommen
lassen könnten, auf das Nachdrücklichste zu verur-
teilen.

Die chinesischen Wirren.

Eine Truppenmacht von Revolutionären aus den
Provinzen Honan und Hupei befindet sich zurzeit in
Honan auf dem Wege nach Tsungshan und Schensi.
Man glaubt, daß deren Führer die Absicht haben,
die Hauptmacht der Rebellen zu verstärken, oder daß
sie wenigstens den Kantonbewegungen der kaiserlichen
Truppen in Schensi und Chihli entgegenarbeiten
wollen. Der Reich der letzten Division verließ
Schicksalschwang am Freitag morgen, um die
Absicht der Verstärkungskolonnen der Rebellen zu
vereiteln. Die Schanti-Rebellen, die den vor-
geschobenen Posten bei Tschingtschunghien besetzt
halten, erfuhren, daß nur 2500 imperiale Truppen
in der Gegend von Schicksalschwang zurückgelassen
waren. Sie griffen die Kaiserlichen an und besetzten
die imperialistische Vorpostenstellung bei Wulipu und
Hsüliu. Später jedoch wurden sie von den Kaiser-